



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 30. Januar 2026

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 2. Februar 2026**

Fokusthema: **Gesundheit**

*Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Wahl eines neuen Mitglieds des Obergerichts vor allem mit der Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen» und der Einrichtung einer neuen Triagestelle für Beschwerden im Gesundheitswesen beschäftigen. Danach wird der Rat bis zum Sitzungsende Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.*

#### **Volksinitiative zur Selbstbestimmung am Lebensende soll abgelehnt werden**

Im Kanton Zürich können seit Juli 2023 alle Bewohnerinnen und Bewohner eines staatlichen Alters- oder Pflegeheims Sterbehilfe in Anspruch nehmen. Die Initianten der kantonalen Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen» wollen diese Regelung auf private Alters- und Pflegeheime, Spitäler und Psychiatrien ausweiten. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die Initiative abzulehnen ([6009](#)). Private Institutionen, die keine Subventionen vom Staat beziehen, sollen nicht gegen ihre Überzeugung in ihren Räumlichkeiten assistierte Suizidhilfe zulassen müssen. Die Mehrheit ist auch gegen Suizidhilfe in psychiatrischen Einrichtungen. Eine Minderheit aus Grünen, SP und AL unterstützt die Initiative. In Spitälern und in psychiatrischen Einrichtungen gehe es nicht nur um den Erhalt des Lebens. Es werde auch Palliativversorgung angeboten und dazu gehörten das Sterben und der Wunsch nach einem assistierten Suizid.

In der Kommission hat sich keine Mehrheit für einen Gegenvorschlag ergeben. Verschiedene Minderheiten unterstützen aber Gegenvorschläge. Konkret werden drei Varianten vorgeschlagen. Allen ist gemeinsam, dass sie eine Ausweitung der Duldungspflicht auf die privaten Alters- und Pflegeheime vorsehen, nicht aber auf psychiatrische Einrichtungen. Die Hauptdifferenz betrifft die Spitäler. Eine Minderheit aus SP, GLP, Grünen, Mitte und AL will, dass der assistierte Suizid auch in Spitälern möglich sein soll. Damit soll vermieden werden, dass kaum transportfähige Menschen unter grossen Schmerzen für einen assistierten Suizid aus den Spitälern verlegt werden müssen. Die SVP hingegen will die Spitäler von der Duldungspflicht ausnehmen. Sie präsentiert als Minderheit zwei entsprechende Gegenvorschläge, die inhaltlich fast deckungsgleich sind. Diese unterscheiden sich nur bei ihrer zusätzlichen Forderung, dass der Regierungsrat die bei der Sterbehilfe zu beachtenden Richtlinien und Empfehlungen bestimmen soll. In einer Variante wird noch präzisiert, dass er sich dabei auf die Empfehlungen der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften beziehen soll.

KSSG-Präsident Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit Grüne: Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Minderheit SP: Alan Sangines (SP, Zürich), 076 414 04 06

Minderheit SVP: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

#### **Neue Triagestelle für Beschwerden im Gesundheitswesen**

Für die Mitarbeitenden aller Listenspitäler im Kanton Zürich soll eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet werden. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen eine Änderung im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz anzunehmen, die das möglich macht ([5986](#)). Wenn es um die Überprüfung betrieblicher Angelegenheiten geht, welche Auswirkungen auf die Patientensicherheit haben könnten, soll die

kantonale Ombudsstelle neu als unabhängige Beschwerdestelle für Mitarbeitende eines Listenspitals dienen. Die Ombudsperson ist bereits heute Ansprechperson für die Mitarbeitenden der vier kantonalen Spitäler. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung würde diese Zuständigkeit auf die Mitarbeitenden aller Listenspitäler des Kantons Zürich ausgeweitet. Für Personen, die nicht wissen, wohin sie sich bei Beschwerden im Gesundheitswesen wenden können, soll die Ombudsperson zudem eine «Triagestelle Gesundheitswesen» einrichten. Diese soll den Fragestellenden helfen, sich an die richtige der zahlreichen Anlaufstellen im Kanton zu wenden. Nach dem Vorbild des «Aerztefons» soll sie eine eigene Telefonnummer erhalten. Die Dienstleistung soll Patientinnen und Patienten einer medizinischen oder pflegerischen Einrichtung, deren Angehörigen oder Vertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Einrichtungen offenstehen. Die geplante Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle geht zurück auf die Motion KR-Nr. 269/2020 von Mitte, SP und GLP betreffend «Unabhängige Ombudsstelle», mit welcher die Schaffung einer zentralen, unabhängigen Ombudsstelle für Patientinnen und Patienten sowie für Mitarbeitende des Gesundheitswesens gefordert wurde. Die Kommissionsminderheit (SVP) lehnt die Einrichtung einer Triagestelle bei der Ombudsperson ab und beantragt dem Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64  
Minderheit SVP: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

### **Vorstösse zu Herzklinik, Fast Lane und Kinderspital**

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch hat dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu den Folgen der Vorfälle an der Klinik für Herzchirurgie des Universitätsspitals von 2016 bis 2020 gestellt ([KR-Nr. 324/2024](#)). Mit der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates im Rat ist die Interpellation erledigt. Daniel Heierli, Kantonsrat der Grünen, fordert, dass an Zürcher Listenspitälern keine Zusatzgebühren für eine beschleunigte Behandlung von Patienten erhoben werden dürfen ([KR-Nr. 408/2024](#)). Und GLP-Kantonsrat Urs Glättli möchte den Regierungsrat ersuchen, eine Vorsorgeplanung für den Fall einer finanziellen Notlage des Kinderspitals zu erstellen ([KR-Nr. 32/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 242 06 28  
Daniel Heierli (Grüne, Zürich), 077 486 98 81  
Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48

### **Personelles:**

Zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen die Wahl eines Mitglieds des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 in geheimer Wahl an ([KR-Nr. 266/2025](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich  
Telefon: 043 259 20 12 – [ronny.nicolussi@pd.zh.ch](mailto:ronny.nicolussi@pd.zh.ch)